

Das Ministerium für Landwirtschaft und Ernährung bereitet ein neues Lebensmittelgesetz vor.

Автор(и): Растителна защита
Дата: 14.12.2015 Брой: 12/2015



Der wachsende Online-Handel mit Lebensmitteln und Waren in den letzten Jahren erfordert eine vollständige Überprüfung und Ergänzung des geltenden Lebensmittelrechts. In der Praxis werden Handelsbeziehungen über das Internet durch das derzeitige Gesetz, das seit 2003 in Kraft ist, nicht geregelt. Ohne wirksame rechtliche Maßnahmen für den Verkauf von Lebensmitteln ist eine Qualitätskontrolle dieser Dienstleistungen im Wesentlichen unmöglich. "Die Notwendigkeit eines neuen Lebensmittelgesetzes ergibt sich aus Lücken im bestehenden Recht sowie aus der Notwendigkeit einer neuen Philosophie und Architektur, die europäischen Grundsätzen entspricht", teilte in der Sendung "Vor allen" Dr. Ilian Kostov – Berater des Ministers für Landwirtschaft und Ernährung – mit. Der Entwurf des neuen Lebensmittelsicherheitsgesetzes

sieht die Verabschiedung eines speziellen Textes vor, der besagt, dass nur Händler mit registrierten Lebensmittelhandelseinrichtungen das Recht haben, Fernhandel mit Lebensmitteln zu betreiben. Es werden auch neue Anforderungen für Fahrzeuge eingeführt, die Lebensmittel transportieren.

Das Ziel ist, den Lieferweg nachzuverfolgen, aus welchem Lager er kommt, zu welchem Unternehmen er gehört und dementsprechend, wer bei Unregelmäßigkeiten bestraft werden sollte. Das neue Gesetz wird vom Ministerium für Landwirtschaft und Ernährung gemeinsam mit der bulgarischen Industrie und den Erzeugern vorbereitet.

Parallel zum Lebensmittelgesetz wird auch am Lebensmittelkettengesetz gearbeitet, das Texte enthalten wird, die es den Kontrollbehörden ermöglichen, nicht registrierte Lebensmittelproduktionsstätten besser zu überwachen. Es wird auch ein Nationaler Lebensmittelbeirat beim Minister für Landwirtschaft und Ernährung eingerichtet, wodurch Lebensmittelqualität und -sicherheit zu einer staatlichen Politik werden.

Es wird erwartet, dass das neue Lebensmittelgesetz im Mai 2016 dem Parlament zur Beratung vorgelegt wird.